

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt Söhrens Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Aufmunterung. — Unser Verband am Schlusse des 36. Kriegsmonats. — Agitationsversammlungen im Gau Düsseldorf. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Volksversicherung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Totenliste. — Feuilleton: Sprach- und Stilbildung.

Aufmunterung.

Wie aus unserer umstehend abgedruckten Monatsübersicht klar hervorgeht, hat der am 1. Juli 1917 eingeleitete Kriegszustand in keiner Weise hemmend gewirkt. Während die Juni-Statistik ein klein wenig den andauernden Aufstieg seit Januar 1917 zu unterbrechen schien (mit zirka 50 Abnahme), weist die Juli-Statistik (1. August 1917) nunmehr eine Gesamtzunahme von 2400 Mitgliedern auf, unter Zugrundelegung des zweiten Quartals 1914 sowie der fast 20000 Militär-Eingezogenen.

Das Resultat unserer Verarbeitung ist also ganz erfreulich, und wenn die nachfolgenden Herbstmonate gehörig zur Agitation ausgenutzt werden, müssen die Rekrutzahlen des Juli (mit 500 Mehraufnahmen) beibehalten werden.

Bereits scharen sich wieder 28000 Mitglieder um unsern Verband und es muß möglich sein bei Jahreschluß, trotz der Einziehungen und all der sonstigen Kriegshemmnisse, die wir gewiß nicht unterschätzen wollen, auf 30000 zu kommen.

Lange Monate glaubten viele unserer Vertrauensleute und sonstigen Verbandsfunktionäre, es habe doch keinen Zweck, die „Zusatzarbeit“ zu verrichten. Es genüge, die bestehenden Mitgliedschaften zu erhalten. Diese Pessimisten sind durch die Tatsachen Lügen gestraft worden. In manchen Gauen und Orten hat sich nicht nur wieder ein reges Vereins- und Vereinsleben entwickelt, es ist auch gelungen, den Mitgliederbestand ansehnlich zu vergrößern und insbesondere die weiblichen Arbeitskräfte der Organisation zuzuführen. Eine Reihe von Agitationsversammlungen in verschiedenen Gauen haben sicherlich dazu erheblich beigetragen.

Die materiellen Erfolge sind denn auch nicht ausgeblieben und es gehört schon ein gehöriges Quantum Einsichtslosigkeit dazu, es so hinzustellen, als wären die Teuerungen und Kriegszulagen auch ohne die Organisation gewährt worden. Nein! Wir haben gesehen, daß die Stadtverwaltungen außerstande waren, der Ernährungsschwierigkeiten voll Herr zu werden. Die wahnwitzige Preispolitik der Erzeuger, Händler und Bucherer, gepaart mit der Kurzsichtigkeit vieler Kammer-Konsumenten, ist von den Städten zwar gleichfalls bedauert worden. Keine Stadtverwaltung aber war instande, sie abzuschaffen oder auch nur wesentlich zu mildern.

So blieb und bleibt den Arbeitern und Angestellten kein anderer Weg als die Selbsthilfe durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen.

Auf dem Gebiet der Lohnverbesserung ist auch weiterhin unendlich viel zu tun. Die heute mühsam errungene neue Erhöhung der Löhne wird nur zu oft morgen schon vom wucherischen Handel hinweggeschwapt. Da muß die Organisation fort dauernd in der Lohnbewegung stehen, so unangenehm das den Stadtverwaltungen sein mag, deren Finanzen — wie wir gewiß nicht verkennen — ohnehin aufs Schwerste belastet sind.

Aber es gibt keinen anderen Ausweg. Nachdem sich der Staat nicht entschließen konnte, eine durchgreifende allgemeine Rationierung einzurichten und auch die Nahrungsmittel-Erzeugung unter strengster Kontrolle zu nehmen, müssen die Arbeiter wohl oder übel mittels ihrer Organisationen Abhilfe in der großen Notlage suchen.

Es wird gewiß einmal die Zeit kommen, wo die starke Wirksamkeit der Gewerkschaften während der Kriegszeit allgemeine Anerkennung findet als eines Kultur-faktors, der dauernd bemüht war, den im Kriege wirtschaftlich am schwersten Belasteten zu helfen.

Unsere schwer ernste Zeit duldet keine dauernd Verzagten. Und so ist nicht bloß bei uns, sondern in fast allen deutschen Gewerkschaften ein Aufstieg festzustellen in neuerer Zeit.

Wir sind gut in der Reihe, sorgen wir dafür, daß in allen Gauen die Herbst- und Wintermonate dazu benutzt werden, daß die alten und die jungen, besonders auch die weiblichen Arbeitskräfte der Stadtverwaltungen von unserer Bewegung erfasst werden.

Mehr denn je ist die Ausbreitung unseres Verbandes auf Alleinagitation von Mund zu Mund angewiesen. Wohl an, rüttelt unablässig die Trägen und Gleichgültigen auf. In städtischer Stärke wollen wir den heiß herbeigejagten Friedenszeiten entgegengehen.

Wie vor einigen Monaten — als die allerstärkste Teuerung noch nicht einsetzte — gab es wohl manden Kollegen, der sich über die Notlage seiner Familie mit dem Trost hinwegsetzte: „Schlimmer kann es nicht kommen!“ Aber das hat sich als arger Trugschluss erwiesen. Es ist jetzt soweit, daß unseren Familien wirkliche Unterernährung droht, wenn wir nicht durch die gewerkschaftlichen Maßnahmen Abhilfe schaffen. Darum verflucht sich jeder Unorganisierte an seiner Familie, wenn er länger tatlos beiseite steht.

Der Winter ist im Anzuge. Das bedeutet für weibliche wie männliche Arbeitskräfte erhöhte Schwierigkeiten in der Lebenshaltung. Es gibt keine andere Möglichkeit, als vereinigt im Verband alles daranzusetzen, um eine wesentliche Herabminderung dieser schweren Bedrängnisse durchzusetzen.

Unser Verband am Schlusse des 36. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. August 1917.)

Die Mitgliederzahl steigt weiter. Der kleine Rückgang im Vormonat ist ausgeglichen und das 28. Tausend überstiegen. 28 002 Mitglieder zeigt unsere diesmalige Monatsbilanz. 504 Mitglieder mehr als am 1. Juli, der mit 27 498 abschloß. Dies günstige Resultat wurde erreicht, trotzdem die Zahl der zum Heere eingezogenen Kollegen jetzt 28 924 beträgt. Besonders bemerkenswert bei dem Vergleich des vorliegenden Abschlusses mit der Mitgliederzahl des Vormonats ist die um 289 geringere Zahl der Neuaufnahmen. Im Juni waren es 1144, im Juli nur 855. Dennoch ist die Fluktuation zurückgegangen. Unter den Neuaufnahmen überwiegt diesmal das männliche Element mit 479, gegen 376 weibliche Neuaufnahmen. Bei den Angehörigen der eingezogenen Mitglieder erscheinen diesmal 21 662 Frauen oder 28 mehr als Ende Juni mit 21 634. Die Mitgliederzahl dagegen ist von 42 009 auf 41 602 zurückgegangen.

Die Zahl unserer Toten hat sich um 40 gesteigert. 2247 Kollegen sind unseren Reihen dauernd entzogen. Arbeitslose Mitglieder hatten wir im Juli 50 gegen 40 vorher. Von diesen 50 waren 11 männliche und 39 weibliche.

Die Arbeitslosenunterstützung liegt um 41,25 Mk. von 75,25 auf 116,50. Die Krankenunterstützung erfährt eine Verminderung um 406,60 Mk. Sie sank von 13 007,30 Mk. auf 12 600,70 Mk. Die Sterbeunterstützung dagegen steigerte sich von 6 497,50 Mk. auf 7 112,50 Mk. Das sind 615 Mk. mehr wie bei der vorigen Aufstellung.

Die Gesamtausgaben der Hauptkasse für Unterstützungszwecke betragen 19 829,70 Mk. Es sind dies noch 2 063,33 Mk. mehr als im Vormonat, der mit 19 593,37 Mk. abschloß.

Im Anschluß geben wir die vergleichenden statistischen Zusammenstellungen:

Aufnahmetag	Mitglieder am Schluß des M. Ct. 1914		Mitglieder am Aufnahme-tag (i. Substanz)	Angehörige der Eingezogenen		Arbeitslose
	Männl.	Weiblich.		Männl.	Weiblich.	
15. August 1914	54522	41952	1919	8517	18001	531
30. September	54522	37174	2779	11508	22117	511
31. Dezember	54522	34856	3600	12494	24070	523
31. März 1915	54522	31831	3395	14796	27893	201
30. Juni	54522	29207	3345	16703	32677	72
30. September	54522	27844	2634	18137	36300	77
31. Dezember	54522	26805	2513	19284	37759	232
31. März 1916	54522	26600	1985	19662	37714	158
30. Juni	54522	27013	1116	20069	38444	56
31. August	54522	26790	944	20369	39596	43
30. September	54522	26190	1025	20845	40154	59
31. Oktober	54522	26192	849	20905	40293	63
30. November	54522	25972	491	21318	41363	81
31. Dezember	54522	25586	645	21500	41543	131
31. Januar 1917	54522	25455	388	21436	43309	141
28. Februar	54522	26004	*463	21714	42123	141
31. März	54522	26380	*723	21847	42228	57
30. April	54522	26932	*1179	21602	41632	47
31. Mai	54522	27748	*1946	21560	41896	42
30. Juni	54522	27498	*1872	21634	42099	40
31. Juli	54522	28002	*2404	21662	41602	50

* Zunahme.

Kreis Nr.	Gau	Mitgliederzahl am		Mitglieder- Zu- nahme	Angehörige der Eingezogenen	Som. 1. bis 31. Juli 1917 auf Kosten der Hauptkasse ausgegebene Unterstützungen					Gesamt- summe			
		Schluß des M. Ct. 1914	31. Juli 1917			an Arbeits- lose	an Kranke	in Sterbe- fällen	an Ent- schädigung wegen Verlust	Mk.		Pf.		
1	Berlin	9619	4959	2055	4591	8164	20	2186	1395	—	—	3601	—	
2	Brandenburg	1022	550	6	394	707	3	99	60	—	—	182	—	
3	Bremen	2670	1150	172	906	1679	13	285	260	—	—	579	50	
4	Breslau	1360	2178	1774	767	1683	4	520	376	—	—	689	50	
5	Dresden	3381	1671	86	1303	2210	11	1199	1025	—	—	2235	75	
6	Düsseldorf	2459	1056	138	879	1560	—	436	130	—	—	566	25	
7	Frankfurt, M.	3109	1694	384	1454	3104	4	991	840	—	—	1835	75	
8	Hamburg	7075	3180	283	2907	4995	2	1437	900	—	—	2340	—	
9	Hannover	1171	533	62	480	1033	—	218	170	—	—	388	75	
10	Königsberg	1162	355	140	603	1279	—	79	70	—	—	149	—	
11	Leipzig	3172	1411	302	1239	2480	—	747	210	—	—	957	—	
12	Lübeck	1596	857	89	615	1262	—	625	30	—	—	655	25	
13	Magdeburg	1499	770	91	473	800	—	354	310	—	—	668	—	
14	Mannheim	3926	1560	108	1144	2301	—	635	160	—	—	795	50	
15	München	4164	2814	48	1135	2705	52	1313	50	587	50	1963	50	
16	Nürnberg	2618	1038	331	1071	2176	—	430	20	390	—	820	20	
17	Strasbourg, G.	1909	640	484	696	1542	5	345	65	—	—	415	50	
18	Stuttgart	2908	1451	279	924	1867	—	868	25	115	—	983	25	
19	Einzelmitglieder	312	135	42	91	55	—	24	—	—	—	24	—	
		54522	28002	+ 2404	21662	41602	116	50	12600	70	7112	50	19829	70

Agitationsveranstaltungen im Gau Düsseldorf.

Vom 10. bis 15. August hielt Kollege Seemann im Gau Düsseldorf eine Reihe von Versammlungen ab. Von Referenten wurde über: „Die Agitation unseres Verbandes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ gesprochen. Zudem er auf die Leistungen der Organisten betriebe, führte er den Anwesenden vor Augen, daß solche Leistungen nur von einer starken Organisation getragen werden können. Die Zukunft fordere von jedem Arbeiter, daß er sich in die Organisation einbeziele, damit allen kommenden Kämpfen im Interesse der Arbeiterklasse begegnet werden könne. Daß die Anwesenden mit dem Referat einverstanden waren, bewies der reiche Beifall, der dem Redner am Schluß seiner Ausführungen gezollt wurde.

In Duisburg fand die Versammlung am 10. August statt. Es hatten sich etwa 60 Kollegen zusammengefunden. Im zweiten Punkt berichtete Gauleiter Bachle über den Erfolg unserer Eingabe. Auf Grund der Eingaben ist eine Erhöhung von 80 Pf. pro Tag im Zehndrittel für jeden Arbeiter der Glas- und Webwerke erfolgt. Der Zehndrittel wurde nach anderem Standard von 1, 2 und 3 Tagen auf 2, 5 und 6 Tagen erhöht. In allen anderen Punkten ist den einer Teil. Art. 10. m. d. B. 1917. Die Erklärung abgegeben, daß die Arbeiter nichts in den Weg legen werden. Eingabe Redner bekräftigt, daß es hier bald besser, denn die Zunahme der

Agitation ist, daß auch in Duisburg der Gedanke an die Organisten Leben gewinnt.

In Düsseldorf fand die Versammlung am 11. August statt. Etwa 40 Mann waren anwesend. Nach den Ausführungen des Kollegen Seemann nahm der Gauleiter das Wort und sprach über: „Sind die Forderungen der heutigen Verhältnisse angepaßt?“ Es wurde beschlossen, eine Eingabe an die Zentralverwaltung zu machen, um die Erhöhung zu machen. In der Diskussion betonten einige Redner, wie ungeheuer sie unter der bestehenden Teuerung zu leiden hätten, und daß eine Aufbesserung der Löhne eine unbedingte Notwendigkeit sei. Leider sei durch die Gleichgültigkeit der Kollegen nichts zu erreichen. Sie versprochen, für den Ausbau des Verbandes zu sorgen.

Auch in Mülheim am 12. August war nur ein mangelhafter Beifall zu verzeichnen. Bei der Mitgliederzahl hatte man einen besseren Beifall erwarten können. Nach dem Fortzuge behandelte der Gauleiter die letzten Punkte in Mülheim. In der Diskussion wurde verlangt, daß von der Zentralverwaltung eine Eingabe an die Zentralverwaltung um Verhinderung und Aushebung der 6. und 7. Lohnstufe gemacht werden soll. Denn es werden hier noch Löhne von 1 Mk. bis 1,50 pro Tag gezahlt. Auch Mitglieder der dritten Lohnklasse waren anwesend und nahmen in der Diskussion das Wort. Sie wurden ein Zusammenarbeiten mit den anderen Organisten. Vom Kollegen Bachle wurde ein Vorschlag gemacht, daß die Arbeiter nichts in den Weg legen werden. Eingabe Redner bekräftigt, daß es hier bald besser, denn die Zunahme der

10. August stattgefunden habe. Dort habe sich der Vertreter der Christen nicht in einer so deutlichen Weise für das Zukunftsangehen ausgesprochen. Dessen wir, daß die Mitglieder den notwendigen Einfluß auf ein gemeinsames Arbeiten ausüben.

Am Nachmittag fand eine Versammlung in Darmen statt. Ungefähr 200 Bekünder hatten sich hier zusammengefunden, die den Ausführungen des Referenten mit Interesse folgten. Im zweiten Punkt berichtete Kollege Buchell über die Behandlung unserer Anträge durch die Stadtverwaltungen. Es wurde scharf kritisiert, daß die Eingaben eine so ungewöhnlich lange Zeit im Schoße der Stadtverwaltungen schlummern, um endlich dann das Licht der Öffentlichkeit zu erblenden. Von einer sogenannten Neuorientierung sei hier recht wenig zu beachten. Dem Ernst der Situation müsse man sehr wenig Rechnung geben. Dadurch ist die Erbitterung, die in Kreisen der Arbeiter herrscht, begreiflich. Auf eine Eingabe der Gewerkschaft in Elberfeld, in welcher um Beschleunigung gebittet wurde, wurde mitgeteilt, daß nach genügenden und umfangreichen Erhebungen die Eingabe den Herren Stadtverordneten zu geben würde. Daß eine derartige Behandlung Erbitterung unter den Arbeitern auslösen muß, versteht sich am Rande. In der Diskussion hielten von den Kollegen im Arbeitsverhältnisse recht scharfe Worte der Art. Man kann diese Worte verstehen, wenn man bedenkt, was diese Menschen zu leiden haben. Wie die Löhne und die Ausgaben sind, dafür eine Aufstellung, die ein Kollege gemacht hat. Vom 11. bis 31. Juli wurden ausgegeben für Lebensmittel auf Marke 50,85 Mk. für Verbrauchsmittel in Betrieben und auf dem Markt (Gemüse usw.) 12,64 Mk. für Miete, Kleidung usw. 25,24 Mk., insgesamt 118,77 Mk. Die Einnahme in derselben Zeit betrug 86,12 Mk. Also rund 32,65 Mk. hatte der Kollege weniger verdient als ausgegeben. Der Abgabe zu schaffen und für einen Lohnausgleich zu sorgen, ist Aufgabe der Kollegen. — Der Stadtverordnete H. L. n. b. a. m. erkannte die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne an und teilte mit, daß auch der Herr Oberbürgermeister die Notwendigkeit nicht bestritt, sondern daß er sie ebenfalls anerkenne. Er meinte aber, daß die Arbeiter sich nicht auf die Stadtverordneten, sondern auf ihre eigene Kraft verlassen müßten. Soweit es um ihm liege, würde er mit aller Schärfe für die Forderungen der Arbeiter eintreten. Hervorgehoben wurden in der Diskussion mehrere Handlungen, die die Arbeiter als Schläge auffassen. Die Berufsleitung wurde beantragt, erneut bei der Stadtverwaltung vorzutreten, um hinter die Eingabe den notwendigen Druck zu setzen. Dessen wir, daß auch die Kollegen in den Betrieben ihre Pflicht und Schlichtigkeit tun.

Trotzdem in Fragen der Gedanken der Organisation nur sehr schwer Boden faßt, hatten sich doch 10 bis 50 Arbeiterinnen und Arbeiter zur Versammlung eingefunden. Erfreulich war es, daß recht viele Frauen und Jugendliche darunter waren. Auch wurde beschlossen, mit einer Lohnforderung an die Stadtverwaltung heranzutreten.

In Essen hatten sich fast das stromenden Regens etwa 100 Personen eingefunden. Die Ausführungen des Kollegen Gedemann wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im zweiten Punkt sollte Bericht über die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung gegeben werden. Sie hatte aber der Verhandlung geschwiegen, daß schon mehrere und ähnliche Forderungen vorliegen, diese würden in nächster Zeit beraten und den Arbeitern das Ergebnis bekanntgegeben. Von einer mündlichen Verhandlung mochte abgesehen werden. Natürlich waren die Kollegen nicht sehr erheitert von dieser Erledigung. Bei einer mündlichen Beratung ist die Möglichkeit gegeben, auf die Gehaltung der Lohnzulagen einzuwirken. Bei der Bekanntgabe aber haben sich die Arbeiter einfach zu fügen. Am Lebensmittelpunkt war mit den Wächtern am Tage 12 Stunden und bei Nacht 11 Stunden Bezahlung vereinbart. Den letzten sind nun einfach 2 Stunden abgezogen, ohne daß hiervon die Arbeiter benachrichtigt wurden. Da der Lebensmittelpunkt in der Versammlung anwesend war, wird die Kritik hoffentlich gewirkt und den Kollegen die Zeit nachgezählt werden. Beispielsweise wurde, 14 Tage zu wirken und wenn dann die Eingabe nicht erledigt ist, mit einer Deputation bei der Stadtverwaltung zu erscheinen.

Dortmund war bisher immer das Schmerzenskind. Auf viel Beifall hatten wir nicht gerechnet. Immerhin waren etwa 35 Personen erschienen. Auch hier sollte man dem Referenten Beifall klatschen, um sich dem Verbands anzuschließen, konnten nicht alle Kollegen aufbringen. Diesen Zustand ist es zu verdanken, daß heute noch Löhne von 4,30 Mk. an der Tagesordnung sind. Hierzu 12 Mk. bis 8 Mk. Feuerzulage für den Mann, Frau und jedes Kind im Monat. Im Elektrizitätsverlei sollen noch Löhne von 155 Mk. im Monat gezahlt werden. Trotz dieser Hungerlöhne behält noch Jutak, aus dem Betriebe heimkommen zu werden, wenn man dem Verbands beiträgt. Diese Anjaimeier!

Wenn auch der Beifall der Versammlungen zu wünschen übrig ließ, und vor allem Düsseldorf sich von den kleinsten Anfängen in den Schatten stellen läßt, so wird der Erfolg doch nicht ausbleiben. Mehrere Kaufmannschaften waren zu vergleichen und ein guter Geist herrschte. Sind es doch Duisburg, Darmen und Essen, wo wir in letzter Zeit zusammen wohl etwa 170 Mitglieder gewonnen haben. Wenn überall die Mitglieder ihre Pflicht tun, so wird der Erfolg nicht ausbleiben. F. B.

• Aus unserer Bewegung •

Bamberg. (Lohn-erhöhung.) Obwohl die städtischen Kollegien mit Beschlüssen vom 23. und 30. März eine Erhöhung der Feuerungszulagen bewilligten, wollten die Klagen unter den städtischen Arbeitern nicht verstummen. Wie schon die Höhe der Feuerungszulage hinter den Erwartungen zurück, die Löhne selbst waren — weit schon zu normalen Zeiten zu niedrig — jetzt durch die Ereignisse längst überholt. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß Bamberg durchaus keine der billigsten Städte ist, wenn gleich es inmitten eines fruchtbaren Landstrichs liegt. Mit Rücksicht auf diese Tatsachen unternahm die beiden Organisationen einen weiteren Vorstoß. Eine allgemeine Versammlung aller städtischen Arbeiter beschloß einstimmig, durch die Organisationen eine Lohn-erhöhung von 60 Pf. pro Tag und Mann beim Stadtmagistrat zu fordern und ferner durch persönliche Verhandlung eine Beschleunigung in der Erledigung dieser Forderung beim Stadtmagistrat zu erwirken. Die Eingabe der beiden Verbände kam am 11. Mai beim Magistrat in Umlauf und wenige Tage später sprachen die beiden Gauleiter beim Oberbürgermeister vor, um im beauftragten Sinne zu wirken. Diese Verhandlung konnte jedoch kein Ergebnis zeitigen, da das Stadtoberhaupt erklärte, es fehlten ihm die nötigen Unterlagen, um übersehen zu können, wie weit den Wünschen der städtischen Arbeiter entsprochen werden könne. Es folgte hierauf am 27. Juni eine zweite Verhandlung, in der der inzwischen bestimmte Arbeiterreferent Stadtbaurat Schmitz glaubte einen Vermittlungsvorschlag machen zu müssen, den er damit begründete, daß sich die städtischen Kollegien nicht dazu aufzwingen würden, der Forderung der Arbeiter voll zuzustimmen. Er wollte, obwohl selbst von der Berechtigung der Forderung voll und ganz überzeugt, für die städtischen Arbeiter eine Lohn-erhöhung von 30 Pf. täglich beantragen, also die Hälfte, die andere Hälfte aber etwa bis zum 1. Januar 1918 zurückstellen. Die Organisationsvertreter traten diesem Vorschlag mit aller Entschiedenheit entgegen, wobei sie keinen Zweifel darüber aufkommen ließen, daß sie das Kriegsamt um Vermittlung anrufen würden, sofern die Kollegen der vom Stadtbaurat selbst als berechtigt anerkannten Forderung der Arbeiter nicht vollinhaltlich zustimmen würden. Ebenso würde seitens der Organisationsvertreter mit Entschiedenheit auf Erledigung der Forderung bis zum 1. August gedrängt. Diese Verhandlung blieb denn auch nicht ohne Wirkung. Am 2. August beschloß das Gemeindefollegium als letzte Instanz, der Forderung vollinhaltlich zuzustimmen, so daß mit Wirkung ab 1. Juli die Grundlöhne sämtlicher städtischen Arbeiter um 60 Pf. pro Tag erhöht wurden. Diermit haben die städtischen Arbeiter Bamberg einen vollen Erfolg zu verzeichnen, den sie in erster Linie ihrer Organisation zu verdanken haben. An uns aber wird es nun ferner liegen, aus diesem Beispiel die nötige Lehre zu ziehen. Der alte Lehrenter hat noch immer recht, der da sagt: „Als Einzelner bist du nichts, vereinigt aber riesenstark.“

Berlin. (Städtische Gaswerke.) Unsere Lohn-erhöhung ist nunmehr zu einem erfolgreichen Abschluß gelangt. Der Magistrat hat den von uns bereits in Nr. 32 der „Gewerkschaft“ veröffentlichten Vereinbarungen, die zwischen Direktion und den Arbeitersausschüssen getroffen wurden, seine Zustimmung erteilt. In dieser Woche noch werden die erhöhten Bezüge sowohl wie die Nachzahlung ab 1. Juli an die Arbeiter ausgegahlt werden. Die Lohnsätze in den Gaswerken werden nun betragen: Für Gasarbeiter 91 bis 94 Pf., Feuer- und Reinigungsarbeiter 96 Pf. bis 1,04 Mk., Wassermaler 1,02 bis 1,07 Mk., Gießwerker 1,14 bis 1,28 Mk., Maurer 1,28 Mk., Arbeiterinnen 71 bis 73 Pf. pro Stunde. Für Maschinenisten und Decker 9,04 bis 10,24 Mk., Malslöcher und Feuerhausarbeiter 9,54 Mk. für die achtstündige Schicht. Ab 1. Oktober erhöhen sich die Stundenlöhne um weitere 6 Pf. und die Schichtlöhne um 40 Pf. Bemerklich sei, daß die niedrigeren Lohnsätze fast gar nicht mehr in Frage kommen, da auch an Neueingestellte meistens die Höchstätze gezahlt werden müssen. Die Zulagen müssen auch bei Alfordarbeiten gewährt werden.

(Städtischer Esbafenn.) Auch hier konnte die Bewegung erfolgreich beendet werden. Hier sind folgende Lohnsätze zur Einführung gelangt. Es erhalten: Sandwerker 95 Pf. bis 1,06 Mk., Mottenarbeiter 90 Pf., Mottenführer 1 Mk., Wächter 70 Pf., Kranführer 85 Pf. (pro Tag außerdem 1 Mk. Greifergulage), Spiederarbeiter 1 Mk., Maschinenisten und Decker 10 Pf. bis 1,06 Mk., Frauen 55 Pf. pro Stunde. Wäpfer erhalten 10,50 Mk. und Spiederarbeiter nach einjähriger Dienstzeit 10 Mk. pro Tag. Der Tagelohn ist von Bedeutung, da im Sommer zehn und im Winter neun Stunden gearbeitet wird. Außerdem erhält das Personal des Esbafens noch die monatlich zahlbare allgemeine Feuerungszulage ausgegahlt. Diese beträgt für Ledige 22 Mk., Verheiratete 35 Mk. und für jedes Kind unter 16 Jahren 7,50 Mk. pro Monat.

Bremerhaven. Am 9. Juli reichte die Gauleitung auf Beschluß einer vorbereiteten gut besuchten Versammlung aller städtischen Arbeiter ein Gesuch an den Stadtrat ein. Es wurde der Antrag gestellt, die Löhne der städtischen Arbeiter um 1 Mk. pro Tag und Schicht zu erhöhen. Zu der Eingabe wurde der Wunsch ausge-

sprochen, daß der Gauleiter zu der Verhandlung herangezogen würde. Dem hat der Stadtrat stattgegeben und somit fand am 1. August die Beratung statt. Das Ergebnis dieser Verhandlung ist folgendes: Für Gasarbeiter (Feuerhausarbeiter) 80 Pf. Zulage pro Tag, für alle übrigen städtischen Arbeiter 60 Pf. pro Tag. Die bis dato gewährte Feuerzuzulage sollte wie nachstehend geregelt werden: Für Ledige, früher 1,50 Mk., in Zukunft 2,25 Mk. pro Woche; Verheiratete, früher 3 Mk. und für jedes Kind unter 16 Jahren und ohne Verdienst 1 Mk. die Woche, in Zukunft 4,50 Mark und für jedes Kind unter 18 Jahren (mit einem eventuellen Verdienst bis zu 20 Mk. monatlich) 1,25 Mk. pro Woche. Diesem Antrag hat die am 7. d. M. stattgefundene Stadtverordnetenversammlung zugestimmt. Die Löhne betragen jetzt in Bremerhaven für Feuerhausarbeiter 6,30 bis 6,55 Mk., Maschinen- und Kesselwärter 5,85 bis 6,35 Mk., alle übrigen städtischen Arbeiter erhalten jetzt einen Lohn von 5,35 bis 5,85 Mk. Zwar sind bei dieser neuen Regelung die Ledigen nicht ganz auf ihre Kosten gekommen, dagegen gleichen sich die Zulagen für diejenigen Arbeiter mit Kindern ungenügend aus. Neben dieser Zulage wurde ebenfalls die Bezahlung der Ueberstunden günstiger geregelt. Mögen diejenigen, die heute der Organisation noch fernstehen, sich endlich einmal bewußt werden, daß es doch lohnend ist, stets an den Vorteilen teilzunehmen, die ihre organisierten Mitarbeitenden für sie herausholen.

Chemnitz. Am 28. Juli tagte im Restaurant „Sonnig“ unsere Mitgliederversammlung. Kollege Preißler referierte über „Leistungen unseres Verbandes im vergangenen Jahre“. Der Referent machte auch die Kollegen aufmerksam auf den vorliegenden Geschäftsbericht. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Quartalsabrechnung erörterte die Kassiererin. Die Einnahmen betragen inf. Bestand 3813,76 Mk. Ihnen steht eine Filialausgabe von 1040,03 Mark gegenüber. Auf Rechnung der Hauptkasse wurden ausbezahlt an Sterbeunterstützung 55 Mk., Krankenunterstützung 662,25 Mk., Arbeitslosenunterstützung 15 Mk. Die Filialkassenbestand belief sich am Ende des Quartals auf 1400,30 Mk. Mitglieder waren zu verrechnen 34, darunter 42 weibliche und ein jugendliches Mitglied. Der Kassiererin wurde einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde über Arbeitszeitverkürzung und Lebensmittelteilung debattiert. Auch wurde die Wahl eines Kartelldelegierten dem Gesamtvorstand überlassen.

Gera (Reuß). Nun hat unsere bereits im Mai eingeleitete Lohnbewegung einen einigermaßen befriedigenden Abschluß gefunden. Anfang Mai d. J. hat der Arbeiterschuß beim Stadtrat beantragt, den städtischen Arbeitern größere Rationen Lebensmittel und eine den Verhältnissen entsprechende Lohnerböschung zu bewilligen. Bezüglich der Lebensmittelfrage ist damals seitens des Bürgermeisters erklärt worden, daß wegen der allgemeinen Knappheit der Lebensmittel eine größere Verbesserung der städtischen Arbeiter nicht möglich sei. Dagegen wurde eine Lohnerböschung in Aussicht gestellt. Als aber bis Anfang Juli auch nach dieser Richtung nichts gezeichnet war, machten wir eine Eingabe an den Stadtrat und erwiderten darin, die

Löhne um 10 Pf. pro Arbeitsstunde zu erhöhen. Diese Eingabe hat infolgedessen Erfolg gehabt, als die Gaswerksarbeiter pro Tag 1 Mk., die übrigen Arbeiter 0,80 Mk. Lohnzulage erhalten haben, allerdings unter Einrechnung der früher bereits bewilligten Zulagen von 0,34 Mk. pro Tag. Die jetzt bewilligten Lohnzulagen betragen also 0,46 Mk. bzw. 0,46 Mk. pro Tag. Damit sind die Kollegen an und für sich wohl zufrieden, aber sie hätten gewünscht, daß diese Zulagen von einem früheren Datum ab als dem 15. Juli er. bewilligt worden wären. Dadurch, daß der Stadtrat die Sache auf die lange Bank geschoben hat und nochmal daran erinnert werden mußte, sind die Kollegen erheblich geschädigt worden. Immerhin ist durch unser Vorgehen wieder ein schöner Erfolg errungen, möge er dazu beitragen, den noch unorganisierten Kollegen die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Verbandes klarzumachen.

Misingen. Im Gegensatz zu früher hat diesmal der Stadtmagistrat die Eingabe der Gauleitung um eine Lohnerböschung von 50 Pf. pro Tag und Mann sehr schnell erledigt. Am 5. Juni eingereicht, wurde den städtischen Arbeitern schon ab 1. Juli eine tägliche Zulage von 25 Pf. ausbezahlt. Allerdings muß gesagt werden, daß sich der Stadtmagistrat durchaus nichts vergeben hätte, wenn er der Forderung voll zugestimmt hätte. Die städtischen Arbeiter Misingens sind auch jetzt noch nicht, trotz der wiederholt erwährten Zulagen, so gestellt, wie man es mit Recht verlangen könnte. Soll eine wirkliche Besserung eintreten, dann bedarf es vor allen Dingen einer ganz erheblichen Erhöhung der Grundlöhne. In diesem Sinne zu wirken, mußte die Aufgabe der städtischen Arbeiter Misingens sein. Mit Hilfe einer gut ausgebauten Transition wäre manches nachzubolen, was in anderen Städten längst üblich ist. Deshalb, städtische Arbeiter, organisiert Euch!

Solberg. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen, ab 1. Juli den männlichen städtischen Arbeitern eine Arbeitslohnzulage von 10 Pf. pro Stunde zu gewähren, den Arbeiterinnen wurden 5 Pf. gewährt. Desgleichen wurde die wöchentliche Kriegslohnzulage einheitlich für alle städtischen Handwerker und Arbeiter auf 4 Mk. erhöht. Früher bekamen nur die Beschäftigten im Gaswerk 4 Mk., die übrigen verheirateten Arbeiter 3 Mk.

Limbach i. Sa. Ende gut, alles gut, können wir aus von unserer am 1. Juli d. J. eingeleiteten Lohnbewegung sagen. Wie in Nr. 29 der „Gewerkschaft“ berichtet, hat der hiesige Stadtrat auf die Eingabe der Gauleitung, die Stundenlöhne um 10 Pf. zu erhöhen, der Verwaltung die Kompetenz bestritten, im Namen der städtischen Arbeiter solche Anträge zu stellen. Er hat aber am Schluß seines Antwortschreibens in Aussicht gestellt, daß die Frage der Lohnerböschung bzw. Gewährung von Feuerzuzulagen wohlwollend geprüft und nach Abschluß der erforderlichen Ermittlungen zur Durchführung gelangen werde. Dieses ist nun geschehen. Die Ende Juli stattgefundene Stadtverordnetenversammlung beschloß sich u. a. auch mit der fraglichen Eingabe der Gauleitung und beschloß, die geforderte Erhöhung der Löhne um 10 Pf. pro Arbeitsstunde zu bewilligen. Wir haben also trotz der etwas unwilligen Antwort des Stadtrats

Sprach- und Stilbildung.

„Alles muß der Mensch lernen, der auf Bildung Anspruch macht; nur seine deutsche Sprache will er nicht lernen, die soll ihm von selbst kommen.“ (E. W. Arnold.)

Vor einiger Zeit brachte das bekannte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ einen Aufsatz über Literatur zur Stilbildung, der sich an die Arbeiter wendet und in ihnen den Trieb nach Sprachverbesserung und den Sinn für das Schöne reiner Formen zu wecken versucht. Besserer Deutschunterricht in den Schulen, billige Lehrgänge über gutes Deutsch, Hinweise auf gute Literatur über den Gegenstand werden als geeignete Mittel empfohlen, gutes Deutsch und gewandten Stil zu fördern, wodurch die aufstrebenden Kreise der Arbeiterschaft nur gewinnen könnten.

Die Empfehlung guter Stil- und Verdeutschungsbücher sollte in Arbeiterkreisen mehr, als dies bisher geschehen ist, betrieben werden. In gutem fremden Stil bildet sich der eigene; Aufsätze und Reden in verständlichem Deutsch werden gerade von Arbeitern dringend verlangt und mit Nutzen verarbeitet. Was soll ein einfacher Arbeiter damit anfangen, wenn ihm ein Versammlungsredner das Wesen des Generalstreiks in dieser Weise auseinandersetzt: „Wer — und wäre er selbst der leuchtendste Star des politischen Bestandes — könnte daran denken, die Massenstreikstimmung künstlich zu erzeugen?“ . . . „Eine Erleichterung der Machtverwirklichung, in manchem Betracht eine Verwandlung illiquider Macht in liquide und die Zerbrechung und Auflösung bisheriger liquider Macht“ . . . Selbst wenn am nächsten Tage diese Sätze im Versammlungsbericht schwarz auf weiß zu lesen sind, verstehen die meisten Leser des Arbeiterblattes die englischen, italienischen und lateinischen Wortbrocken nicht. Darum fort mit solchem Wortgeklingel!

Nicht jeder kann ein Sprach- und Stilkünstler sein oder werden. Aber in der Muttersprache verständlich ausdrücken kann sich ein

jeder, der sich ernstlich darum bemüht, und mit ein wenig Fleiß und Mühe läßt sich auch vielen Stilgebrechen abhelfen, die man heute leider noch recht häufig finden kann. Die Ersetzung der persönlichen Füllwörter durch das papierne „derselbe, dieselbe, daselbe“, ebenso der rückbezüglichen Füllwörter unterschiedslos durch „welcher, welche, welches“ kann leicht vermieden werden, wenn man sich beim Niederschreiben vergegenwärtigt, daß kein Mensch so spricht: „Zu dem Antrage nahm Kollege Müller das Wort; derselbe erklärte sich gegen denselben.“ Auch „welcher, welche, welches“ läßt sich in vielen Fällen durch „die“, „der“ und „das“ verständlicher ausdrücken. Die Vertauschung der vergleichenden Bindewörter „als“ und „wie“ findet man täglich in den Zeitungen und selbst bei guten Schriftstellern, obgleich die Regel für die richtige Anwendung recht einfach ist: „als“ steht für das Vergleichende ungleicher, „wie“ für das Vergleichende gleicher Begriffe. Also: „weicher als Schnee“, aber: „ebenso groß wie du“. Auch die so häufig vorkommenden Verwechslungen von „jährlich“ und „jährig“, „monatlich“ und „monatig“, „wöchentlich“ und „wöchig“ lassen sich leicht vermeiden, wenn man beachtet, daß die Bildungen auf „ich“ die Wiederkehr, die Bildungen auf „ig“ die Dauer bezeichnen. Also „dreimonatliche Raten“ (d. h. es wird jedesmal nach Ablauf von drei Monaten bezahlt), aber: „dreimonatiger Urlaub“ (d. h. der Urlaub dauert drei Monate); oder: „halbjährliche Prüfungen“ (d. h. die Prüfungen finden alle halben Jahre statt), aber: „halbjährige Probezeit“ (d. h. die Probezeit erstreckt sich auf die Dauer von einem halben Jahre). Ein dreimonatlicher Urlaub, wie man so häufig liest, wäre ein Urlaub, der sich aller drei Monate wiederholte; also sage und schreibe: „14-tägiger Urlaub“, „vierwöchige Probezeit“ usw. Ähnlich verhält es sich mit der häufigen Verwechslung von „abschlägig“ und „abschlaglich“: man gibt eine abschlägige Antwort, dagegen leistet man eine abschlagliche Zahlung (Abschlagszahlung).

einen vollen Erfolg erzielt. Und in unserer Beurteilung darüber sehen wir gern darüber hinweg, daß es dem Stadtrat sauer geworden ist, auf den Antrag der Organisationsleitung eine Lohn-erhöhung bewilligen zu müssen. Dieses ist begründet in der unbegründeten Abneigung, die der Stadtrat gegen die Arbeiterorganisation leider immer noch hat. Wir hoffen aber, daß er auch diese Abneigung noch überwinden und begreifen lernt, daß Anerkennung der Organisation und Verhandeln mit der Leitung derselben sowohl im Interesse der Stadtverwaltung als auch der Arbeiter liegt. — Und wir — von den vorstehend erwähnten Ausstellungen abgesehen — nun mit der Haltung der Stadtverwaltung also zufrieden, so aber nicht mit der eines großen Teiles der hiesigen Kollegen. Es gibt hier immer noch eine Anzahl Kollegen, namentlich unter den Bauamtsarbeitern, die sich weigern, der Organisation beizutreten. Der eine „will mal sehen“ und der andere will sich’s noch „überlegen“. Was es da noch zu „sehen“ und „überlegen“ gibt, wissen wir wirklich nicht. Höchstens das, daß sie immer ernten, wo andere geizt haben, und das ist weder schon noch recht gehandelt. Da die neue Lohnzulage pro Tag 1 Mk. beträgt und ab 1. Juli zur Auszahlung gelangt ist, haben die Kollegen nicht nur eine erhebliche laufende Nebennahme, sondern haben auch am letzten Lohntage ganz hübsche Beträge nachgezahlt erhalten. Da kann es ihnen also nicht schwer fallen, das geringe Eintrittsgeld und den verhältnismäßig geringen Wochenbeitrag zu zahlen. Wenn die Kollegen ihrer Pflicht, sich dem Verbands anzuschließen, nachkommen, dann kann der Stadtrat bei der nächsten einzuleitenden Lohnbewegung auch nicht wieder den Einwand erheben, daß die Forderung nur für einen Teil der Arbeiter gestellt sei. Und die sammtlichen Kollegen werden auch nicht immer das Blind haben, daß ihnen der Gewinn mühselos in den Schoß fällt. Darum, ihr Säumnigen, holt hinein in den Verband, es liegt in Eurem eigenen Interesse!

Riebeckles (Dresden). Im Jahre 1913 wurde das hiesige von der Thüringischen Gasgesellschaft betriebene Gas- und Elektrizitätswerk von der Stadt Dresden übernommen. Die beschäftigten Personen traten in den Dienst der Stadt Dresden über, wurden also städtische Arbeiter. Sie wurden wohl der städtischen Betriebskrankenkasse als Mitglieder überwiesen, aber der Allgemeinen Arbeiterordnung, der Lohnordnung und den Bestimmungen über Gewährung von Mietzuschuß wurden sie nicht unterstellt, ebenso erholten sie keine Vertretung in den Ausschüssen. Vorens 1913 wurde mit Hilfe unserer Organisation ein Versuch um Gleichstellung mit den übrigen städtischen Arbeitern eingeleitet. Es wurde dahin beschlossen, daß zurzeit die Gleichstellung noch nicht erfolgen könne. Auf ein späteres Gesuch erfolgte überhaupt keine schriftliche Antwort, der Betriebsleiter sagte lediglich einem der Geschäftsführer zu nebenbei einmal, das Gesuch sei abgelehnt worden. Merkwürdig ist dabei, daß die Arbeiter im Elektrizitätswerk der Allgemeinen Arbeiterordnung unterstellt worden sind, auch erhalten sie die Mietzuschüsse. Warum nun aber die Arbeiter im Gaswerk anders behandelt werden, ist unerklärlich. In einer jetzt

Einen häßlichen Stilfehler dürfen wir nicht unerwähnt lassen, der im Kaufmanns- und Zeitungendeutsch ein ständiger Gast, aber auch bei guten Schriftstellern nicht selten anzutreffen ist: wir meinen die „Inversion“, das ist die verkehrte Wortfolge nach „und“. Es ist echter Kaufmannsstil, zu schreiben: „Mein Vertreter wird Sie demnächst besuchen, und ich hoffe ich, daß Sie demselben Ihre geschätzten Ordres reservieren werden.“ Ebenso ist zu beanstanden: „Die Versammlung verwarf den Vertrag und wird die Lohnkommission in neue Verhandlungen treten.“ Man lasse das „und“ weg und schreibe: „Mein Vertreter wird Sie demnächst besuchen; ich hoffe, daß Sie ihm Ihre geschätzten Aufträge aufsparen werden.“ — Und: „Die Versammlung verwarf den Vertrag, die Lohnkommission wird in neue Verhandlungen treten.“ Welch lächerlichen Unsinn die Inversion anrichten kann, mögen folgende Sätze beweisen, die aus verschiedenen Zeitungen stammen: „Auf dem Domanium F. wird zum 1. Oktober ein tüchtiger Kuhhirt gesucht, er muß verheiratet sein und muß die Frau mitmellen.“ — „Von Dienstag auf Mittwoch hält das 16. Infanterieregiment eine größere Nachübung ab, Mittwoch erhält dieselbe selb- mäßige Verpflegung und wird auf dem Gelände geschlachtet.“ — „Der Schwerverletzte wurde nach Hause gebracht und schwebte sein Leben lange in Gefahr.“ — „Der Vorsitzende schloß die Versammlung und forderte sodann bei dem immer größer werdenden Tumulte Bürgermeister L. zum Verlassen des Saales auf.“ Die spakhafte Auslegung, die in diesen Sätzen steckt, wird vermieden, wenn man das „und“ überall ausmerzt und schreibt: „... er muß verheiratet sein; die Frau muß mitmellen.“ — „... Mittwoch erhält das Regiment selb- mäßige Verpflegung; auf dem Gelände wird geschlachtet.“ — „Der Schwerverletzte wurde nach Hause gebracht; sein Leben schwebte lange in Gefahr.“ — „Der Vorsitzende schloß die Versammlung; bei dem immer größer werdenden Tumult forderte sodann Bürgermeister L. zum Verlassen des Saales auf.“

haltgefundenen gut besuchten Versammlung wurde eine neue Eingabe beschlossen, in der um völlige Gleichstellung mit den übrigen städtischen Arbeitern ersucht wird. Sollte auch diesmal wieder das berechtigte Verlangen der Arbeiter nicht erfüllt werden, so darf sich die Stadtverwaltung nicht wundern, wenn die besten Arbeiter der ungeschäftlichen Stätte den Rücken kehren. Am besten bezahlten Arbeitgelegenheiten ist ja jetzt kein Mangel!

Birma. Namens der Bauamtsarbeiter hatte die Gauleitung unseres Verbandes in Dresden ein Gesuch um Erhöhung der Löhne um 10 Pf. für die Stunde eingereicht. Der Bauauschuß erkannte die Notwendigkeit der geforderten Zulage an und schlug vor, in- geachtet der im Frühjahr gewährten Zulage eine weitere Zulage von 8 Pf. für die Stunde zu gewähren. Rat und Stadtverordnete traten dem bei und bewilligten die entstehenden Kosten in Höhe von 3000 Mk. bis Ende des Jahres. — Die Arbeiter des Gas- werks hatten auf eigene Faust, ohne Wissen und Zutun der Organi- sation, ebenfalls ein Gesuch um Lohnserhöhung eingereicht, zugleich aber mit Arbeitsniederlegung gedroht. Das Vorhaben der Gas- arbeiter wurde als ungerechtfertigt beurteilt. Nach längerer De- batte beschloßen die Stadtverordneten, den Bauwerkern 20 Proz., den Feuerhausarbeitern 15 Proz., den übrigen 10 Proz. der bis- herigen Löhne als Zulage zu gewähren.

Schwabach. Am 25. April d. J. unterbreitete die Gauleitung dem Stadtmagistrat eine Eingabe um Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter um 50 Pf. pro Tag. In seiner Sitzung vom 27. April regelte der Stadtmagistrat auf Grund einer Ministerial- entscheidung die Kriegsteuerzuschläge neu und erklärte die Eingabe der städtischen Arbeiter als gegenstandslos. Wie nach- träglich bekannt wurde, beträgt die jetzige Teuerungszulage für Ledige und Witwen 9 Mk. für Verheiratete ohne Kinder 15 Mk. und für jedes Kind unter 15 Jahren 5 Mk. monatlich. Die erhöhten Zulagen wurden mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1917 be- willigt.

Schweinfurt. Am 7. Februar d. J. unterbreitete die Gau- leitung dem Stadtmagistrat eine Eingabe, in der für die Bauamts- arbeiter ein Mindestlohn von 4,20 Mk. für die Arbeiter der Gruben- erkennung und der Müllabfuhr ein solcher von 4,80 Mk. und für die Hauswerker 6 Mk. pro Tag gefordert wurden. Ferner sollten die Retortebeiter eine Zulage von 50 Pf. erhalten und auch höhere Zuschläge für geleistete Überstunden gezahlt werden. Die Be- handlung dieser Eingabe zog sich ziemlich lang hin, so daß sich der Stadtmagistrat auf das Einwirken der Organisation zunächst ent- schloß, bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit eine vor- läufige monatliche Zulage von 15 Mk. zu der bisherigen Teuerungszulage von 18 Mk. zu gewähren. Am 24. Juli lief dann nach- stehendes Schreiben bei der Gauleitung in Nürnberg ein, aus dem zu ersehen ist, wieviel der Stadtmagistrat den Forderungen der städtischen Arbeiter entsprach. Es lautet:

„In Erledigung Ihrer Zuschrift vom 7. Februar 1917 teilen wir Ihnen mit, daß die städtischen Kollegen unfersm 4. und

Schließlich sei noch vor dem Bau langer Sätze, sogenannter Schachtelsätze, gewarnt, denen wir vor allem in der Juristen- sprache nicht selten begegnen, was ihr ja auch den berechtigten Vor- wurf großer Unverständlichkeit zugezogen hat. Nur stilkisch sehr ge- wandten Schreibern gelingen Bandwurmsätze von schätziger und mehr Wörtern, ohne daß das Satzgefüge und die Verständlichkeit darunter leiden; stilkisch weniger Geübten ist immer der kurze Satzbau anzu- raten. Folgende zwei Sätze, die den Federn akademisch gebildeter Männer entstammen und von gleicher Länge (65 Wörter) sind, zeigen den Unterschied zwischen tafelfreiem Satzbau und weniger gelungener Ausdrucksform:

„Wäre es nicht an der Zeit, daß sich der Herausgeber der Preußischen Jahrbücher eine zuverlässigere, gewissenhafte Bekanntheit mit dem Deutschen Sprachverein verschaffe, der ihn nun doch einmal so sehr reizt, um in Zukunft nicht mehr, wenn auch nur mit gelegentlichen Bemerkungen, einer Bewegung hemmend in den Weg zu treten, die er als ein berufener Führer und Lehrer der deutschen Jugend von Rechts wegen unterstützen müßte?“

„Zwischen die Reden Veinerts und Cassels, der sich auch in der Ernährungsfrage auf demselben Boden bewegte wie der Sozial- demokrat, gegen die in neuer Blüte prangenden Ausfuhrverbote der Kreise Stellung nahm und sich eingehend mit der Verwaltungs- reform beschäftigte, aber auch zum Ausdruck brachte, daß keine Partei — wohl bis auf Herrn Traub! — so ziemlich dasselbe Frie- densprogramm hat wie er, schob sich eine neue Auseinandersetzung über die Polenfrage.“

Der erste Satz ist musterhaft zusammengesetzt; beim zweiten ge- hört das Ende an den Anfang: „Eine neue Auseinandersetzung über die Polenfrage schob sich zwischen die Reden Veinerts und Cassels“ usw. Man sieht: Guter Stil ist eine Kunst, die gelernt sein will Lust und Liebe dafür zu wecken, ist der Zweck dieser Zeilen. A. F.

9. Juli 1917 rückwirkend beschlossen haben: 1. Wie auch bei Regelung der Bezüge der städtischen Beamten geübt, wird von einer grundsätzlichen Neuregelung der mit Beschlüssen der städtischen Kollegien vom 15. August, 11. September, 10. und 23. Oktober 1911 für die Zeit bis zum 31. Dezember 1911 festgesetzten Lohnsätze in Anbetracht der jetzigen politischen Verhältnisse, die weder ein Ende des Krieges absehen lassen, noch auch einen Ueberblick über die nach Beendigung des Krieges eintretenden wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten, abgesehen, und es werden demzufolge die in Ziffer 1 mit 6 der Eingabe gestellten Forderungen vorerst abgelehnt. 2. Dagegen wird den Arbeitern wie den Beamten und Lehrern zu der bisherigen Teuerungszulage (im Betrage von 18 Mk. pro Monat bzw. 216 Mk. pro Jahr) eine weitere Teuerungszulage rückwirkend ab 1. Januar 1917 gewährt, die für die einzelnen Gruppen der Arbeiter, für deren Bildung Ihre Darlegungen vom 7. Februar 1917 Anhaltspunkte ergeben, wie folgt abgestuft wird. Es erhalten: 1. die Handwerker 200 Mk., 2. die Vorarbeiter, Arbeiter und Hausfrau der Latrinen- und Müllabfuhr 240 Mk., 3. die übrigen Vorarbeiter und vollkräftigen Arbeiter 220 Mk., 4. die Rentempfänger 190 Mk. pro Jahr in monatlichen Postnummern zu zahlenden Raten. 3. Auf die Teuerungszulage haben rückwirkend vom 1. Januar 1917 und abzüglich des mit Beschlüssen der städtischen Kollegien vom 21. April und 9. Mai bzw. 7. Juni 1917 Nr. 1213 bereits ab 1. Januar 1917 gewährten und für die Monate Januar mit Juni bereits ausbezahlten Vorschusses von 15 Mk. pro Arbeiter und Monat wie bisher nur diejenigen Arbeiter Anspruch, welche nicht zum Seeresdienste eingerückt sind, sondern tatsächlich im Stadtbauamt arbeiten. 4. Bei Eintritt von Arbeitsunfähigkeit des Arbeiters oder beim Ableben derselben ist zum Zwecke der Berechnung der Versorgungsrente für den Arbeiter bzw. für die Hinterbliebenen und des Sterbegeldes die gegenständliche Teuerungszulage (nicht aber die bisherige im Betrage von 216 Mk. pro Jahr), solange dieselbe von den städtischen Kollegien nicht widerrufen ist, als Zuschlag zum Dienstlohn in Anschlag zu bringen. gez.: Soldner."

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß der Stadtmagistrat an seinem beim Kriegsausbruch gefaßten Beschlusse, während des Krieges grundsätzlich keine Lohnerhöhung vorzunehmen, auch jetzt noch festhält, obwohl er längst durch die Ereignisse überholt ist. Kein vernünftiger Mensch wird heute noch glauben, daß nach dem Kriege, ganz unbeschadet seiner noch bevorstehenden Tauer sowie seines Ausganges, die Lebenslage der Arbeiter die gleiche als vor dem Kriege ist. Die in Schwereinfuhr üblichen Lohnsätze waren dabei schon vor dem Kriege dringend aufbesserungsbedürftig, und jetzt sind sie es erst recht. Es wird dem Magistrat wohl auch nicht leicht fallen, die jetzt gewährte Zulage sowohl als auch die schon früher gewährte, nach dem Kriege den städtischen Arbeitern wieder zu entziehen. Dafür werden nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse ausschlaggebend sein, sondern auch die städtischen Arbeiter werden sich beizeiten rühren!

♦ **Aus den deutschen Gewerkschaften** ♦

Auf dem Wege zum Reichsarbeitsministerium. Das „Correspondenzblatt“ behandelt in Nr. 33 den Ministerwechsel unter dem Gesichtspunkt unserer gewerkschaftlichen Forderungen. U. a. heißt es: „Jetzt ist ein besonderes Reichswirtschaftsamt ausgeschrieben worden, dessen Arbeitskreis ebenfalls so groß erschien, daß von vornherein eine Zweiteilung in Aussicht genommen werden mußte. Es soll eine Abteilung für Handels- und Wirtschaftspolitik und eine solche für Sozialpolitik eingerichtet werden. Als Leiter des Reichswirtschaftsamt ist der fehrberige Bürgermeister Dr. Schwander-Strasbourg, ein Mann der sozialpolitischen Praxis, berufen worden. Die Namen seiner Unterstaatssekretäre, die die beiden Abteilungen zu leiten haben werden, stehen noch nicht fest. Die Leffentlichkeit hat natürlich ein sehr begreifliches, hohes Interesse daran, recht bald zu erfahren, welche Männer an die Spitze dieser wichtigen Ämter kommen sollen. Das gilt ganz besonders für die sozialpolitische Abteilung, die für die innere Neuorientierung auf dem weiten Gebiet der Sozialpolitik von entscheidender Bedeutung sein wird. Daß die deutschen Gewerkschaften den lebhaftesten Wunsch haben, einen Mann an diesen Platz berufen zu sehen, der der Arbeiterklasse nahesteht und Gewähr für eine energische soziale Arbeiterpolitik bietet, kann niemand verübeln. Aber auch die Befehung des Postens in der Abteilung für Handels- und Wirtschaftspolitik kann ihnen nicht gleichgültig sein, denn schwerwiegende Fragen für das deutsche Wirtschaftsleben werden hier entschieden, deren Wirkungen sich auch die Arbeiterklasse nicht entziehen kann. Auch über die Begrenzung der Aufgaben des neuen Reichswirtschaftsamt und in besonderen der beiden genannten Abteilungen war etwas Bestimmtes bisher nicht zu erfahren. Man kann sich denken, daß der Abteilung für Handels- und Wirtschaftspolitik alle die auf die Förderung der Volkswirtschaft im allgemeinen (Privat- und Gemeinwirtschaft, gerichteten Arbeitsgebiete angegeschlossen werden, also Handelsverträge, Zoll- und Verkehrsweisen, öffentliche Arbeiten, Hebergangswirtschaft, Monopolwesen, Kartell- und Subsidatwesen, Genossenschaftswesen, gewerblicher Unterricht, Statistik usw. Die Abteilung für Sozialpolitik dürfte dagegen umfassen das

Arbeitsrecht, den Arbeiterschutz, die Arbeiterversicherung und Angestelltenversicherung, die Arbeitsvermittlung, das Tarifvertragswesen, das Einigungswesen, die Arbeitervertretung, das Organisationswesen und die gewerbliche Rechtsprechung. Grenzgebiete sind die Wohnungsfürsorge, die Volksernährung, Volksbildung und Volkshygiene, die alle mit der Sozialpolitik in engerer Fühlung stehen müssen. Denn anders als im Geiste der Sozialpolitik läßt sich eine Bearbeitung und Durchführung dieser Aufgaben gar nicht denken. ... Man kann nicht behaupten, daß die Schaffung eines Reichswirtschaftsamt die denkbar glücklichste Lösung des Problems der sozialpolitischen Neuorganisation wäre. Ein Reichsarbeitsministerium, dessen Zuständigkeit sich auf alle wirtschafts- und sozialpolitischen Angelegenheiten, vor allem auf sämtliche Arbeiterfragen erstreckt, wäre folgerichtiger gewesen. Aber wir haben ja noch immer keine Reichsminister, sondern nur einen Reichskanzler und Staatssekretäre, und so werden wir wohl auch unsere Wünsche nach einem Reichsministerium der Arbeit verlagern müssen. Vielleicht ist es auch nur ein Unterschied des Namens, ob das neue Amt den Titel „Reichswirtschaftsamt“ und nicht „Reichsarbeitsministerium“ führt. Vielleicht kann noch ein Arbeitsministerium daraus werden, wenn es sich weder rührt und in der rechten Weise entwickelt. Denn das Neue ist selten gleich das Vollkommene; es muß sich erst herausentwickeln, muß sich durchkämpfen und Einfluß verschaffen, muß seine Umgebung dem ihm innewohnenden Lebensgeist entsprechend umzugestalten versuchen. Dann wächst es mit seinen Aufgaben und drängt das Veraltete, Lebensunfähige zurück. Sehr viel kommt dabei auf die leitende Persönlichkeit an. Von dem früheren Straburger Bürgermeister erwarten wir das Maß an Stnabeit und Energie, das geeignet ist, die Sozialpolitik zum leitenden Staatsprinzip zu machen. Seine erste Tat wird sein, sich in den ihm unterstellten Abteilungen tüchtige Mitarbeiter zu sichern. Männer, die das wirtschaftliche und soziale Leben gründlich kennen und mit einem scharfen Blick für das Notwendige zugleich die Kraft der Durchführung besitzen. Männer, die ebenso hoch im Ansehen der wirtschaftlichen Praxis, wie besonders auch im Vertrauen der Arbeiterschaft stehen. Aber nicht minder kommt es auf die Kräfte in der deutschen Volkswirtschaft an, auf die Mitarbeit der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter. Das gilt besonders für die überaus schwierige Zeit, in die unser Staatsleben und unsere Volkswirtschaft nach diesem Weltkriege gestellt wird. Es kann nicht alles bloß von oben her angeordnet und reglementiert werden, sondern die Selbsthilfe muß sich kräftig regen und Einfluß erlangen. Auch die Arbeiterklasse erwartet nicht, daß ihr die Neuorientierung fix und fertig auf dem Servierteller präsentiert werde; sondern sie wird sich zu erkämpfen wissen, was sie zu ihrem Leben und Wirken notwendig braucht. Sie wird das Wirtschaftsleben in die Richtung zu steuern suchen, die nach ihrem Dafürhalten zur raschen Wiedergewinnung führt.“

Das „Correspondenzblatt“ behandelt weiterhin die Tätigkeit des neuen Reichswirtschaftsamt und erwartet, daß Arbeiter- und Angestelltenklammern errichtet werden, das Koalitionsrecht endlich voll anerkannt wird, Arbeitsvermittlung wie Wohnungsfürsorge ergänzen den Kreis der allernotwendigsten Maßnahmen, um eine wirkliche sozialpolitische Neuordnung zu gewährleisten. Starke Gewerkschaften aber werden Wächter und Förderer dieser notwendigen Entwicklung sein.

♦ **Volkerversicherung** ♦

Die Geschäftsergebnisse der „Volkfürsorge“ im Kriegsjahr 1916. Die Volkfürsorge hatte im dritten Kriegsjahr unter den Kriegsfolgen organisatorisch schwer zu leiden. Von den 116 männlichen Angestellten des Hauptbüros waren a. B. nur noch 14, darunter 6 Kriegsveterane, vorhanden. Zudem verlor die Volkfürsorge ihren ersten Geschäftsführer Adolf v. Elm. Trotzdem hat sie ihre Arbeit mit wachsendem Erfolg fortgeführt. Statt 10700 Versicherungen im Jahre 1915 wurden fast 23000 im Jahre 1916 abgeschlossen. Der Versicherungsbestand betrug am Jahreschluß rund 124000 Kapitalversicherungen, 60000 Sparversicherungen und 1700 Haftversicherungen, insgesamt 191736 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 24 468 026 Mk. Der Versicherungsbestand ist im Laufe des Geschäftsjahres 1915 nach Abzug allen Abgangs um 4 Millionen Mark gewachsen. Versicherungsleistungen wurden in rund 2000 Fällen gewährt. Die Jahresrechnung schließt mit einem Ueberschuß von 217 000 Mk. Nach Zuweisung an die verschiedenen Fonds und nach Vergütung des Aktienkapitals verbleibt ein Reingewinn von 131 000 Mk., wovon den mit Gesamtbeitragung Versicherten 7 Proz. der Jahresprämie als Dividende gewährt wird. Der kleine Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen. Bei der Kriegsversicherungslage der Volkfürsorge waren am Jahreschluß 53757 Personen mit 81218 Anteilen versichert. 1315 dieser Versicherten sind gefallen oder verstorben. Als Vorauszahlung wurde ihnen Hinterbliebenen die Summe von 1685 Mk. gewährt. Der Jahresbericht schließt mit dem Ausdruck der Gewißheit, daß die Volkfürsorge auf sicheren Fundamenten ruht und sich stetig gesund weiterentwickeln wird.

Internationale Rundschau

Dänemark. Die Polizisten Dänemarks sind mit ihren Lohn- und Dienstverhältnissen sehr unzufrieden und kündigen die Anwendung erster Kampfmittel zur Erzwingung einer Besserung an. So beschloßen die Kopenhagener Polizisten dieser Tage in einer außerordentlichen Generalversammlung, mit allem Nachdruck die Verabschiebung der täglichen Arbeitszeit auf 8-9 Stunden und Lohn-erhöhungen zu verlangen. Im Falle der Ablehnung will der Polizistenverein die Sperre über die Polizeiverwaltung verhängen.

Schweden. Das gesamte Polizeipersonal der Stadt Malmö ist um Lohnerhöhung eingekommen. Es fordert Aufbesserung des Durchschnittslohns von 200 Kronen um 30 Proz. und eine Teuerungsgulage für Frauen und minderjährige Kinder von 100 und 50 Kronen im Jahre.

Rundschau

Steigerung der Lebensmittelpreise. So offenkundig jede einzelne Familie die wahnwitzige Steigerung der Lebensmittelpreise empfindet, so lehrreich ist es doch, amtliche Festsetzungen dafür zu haben. Die städtische Markthallenverwaltung in Leipzig brachte kürzlich ihren Wochenbericht heraus, der folgendes Bild gibt (manche Artikel sind freilich gar nicht mehr da, weil Schleichhandel usw.):

	Menge	Erste Augustwoche			
		1914	1915	1916	1917
Mindfleisch (Kunde)	1 Pfd.	1,40	1,60	3,40	3,48
Raubfleisch (Keule)	"	1,00	1,20	2,20	2,20
Schweinefleisch (Keule)	"	0,80	1,70	2,10	—
Leberwurst	"	0,70	1,80	2,40	2,00
Plattwurst	"	0,70	1,80	2,40	2,00
Sülze	"	0,70	1,80	1,80	1,60
Gänse	"	0,90	1,30	3,25	4,25
Scholle	"	0,60	0,80	1,20	1,50
Schellfisch	"	0,50	0,85	1,00	1,10
Butter	"	1,50	1,95	2,60	2,90
Eier	10 Stück	0,95	1,50	3,40	3,40
Äpfel	1 Pfd.	0,20	0,30	0,40	0,63
Birnen	"	0,20	0,30	0,40	0,60
Obstbeeren	"	0,20	0,30	0,40	0,60
Tomaten	"	0,20	0,80	0,80	1,20
Abbarber	1 Pund	—	0,10	0,12	0,25
Blumenkohl	Kopf	0,25	0,30	0,40	0,60
Grüne Bohnen	1 Pfd.	0,10	0,20	0,25	1,00
Kohlrabi	10 Stück	0,30	0,30	0,60	2,00
Birnfingkohl	1 Kopf	0,10	0,20	0,25	0,50
Kartoffel	"	0,25	0,40	0,30	0,50
Beigkohl	"	0,20	0,30	0,30	0,50
Möhren	1 Pund	0,10	0,10	0,25	0,60
Zwiebeln	1 Pfd.	0,20	0,30	0,30	0,35
Blattsalat	Kopf	0,04	0,04	0,06	0,15
Kadieschen	5 Pund	0,20	0,25	0,25	0,50
Kettich	1 Stück	0,05	0,08	0,10	0,25
Salatgurken	"	0,20	0,15	0,30	0,30
Pilze (Champignons)	1 Pfd.	1,00	0,80	1,80	3,50

Wer alle Lebensmittel in der angegebenen Menge auf einmal kaufen will, hatte zu Anfang August 1914 dafür 1.366 Mk. aufzuwenden, 1917 aber 38.56 Mk., das ist eine Steigerung um 182,28 Prozent! Bei Obst und Gemüse sind die Preissteigerungen zwischen 1914 und 1917 geradezu toll. Kartoffel um 100 Proz. Verteuerung ist sehr bedauerlich; es geht dann aber anders, nämlich Kadieschen 150, Beigkohl 150, Birnen 200, Äpfel 215, Blumenkohl 220, Blattsalat 225, Pilze 250, Birnfingkohl und Kettich 400, Möhren 500, Kohlrabi 507 und grüne Bohnen gar mit 960 Proz. Steigerung. Gegenüber der ersten Augustwoche von 1916 ergeben sich zum Teil auch noch sehr beträchtliche Preissteigerungen, so bei Birnen und Tomaten um je 50, Äpfel 57, Pilze 91, Blumenkohl, Beigkohl und Kadieschen 100, Abbarber 108, Möhren 110, Blattsalat und Kettich 150, Kohlrabi 231 und grüne Bohnen 300 Proz. Es heißt die Gemeinwesen sei in diesem Jahre sehr schlecht ausgefallen. So sagt man in Leipzig, in Berlin und überall, wo das Volk am meisten gebrauchsabhängig wird. Aus Hannover wird dagegen von einer ungemessen reichen Ernte berichtet, so daß sich die größte Zunahme von Gemüse nicht mehr länger hantanhaltend sagt. Dort kosten Bohnen 50 Pf., in Wuppertal aber, mit einer Halbgang, die zu den fruchtbarsten in Deutschland gehört, 72 Pf.; in den nahegelegenen Städten Braunsberg kann man ein Pfund für 12, in Zeitz für 15 Pf. haben. Leipzig, das von Zeitz nur 58 Kilometer entfernt liegt, aber nicht unmittelbar neben das Preisfieber, nämlich 1 Mk. bezahlte. Das Preisfieber hat den Preissteigerungen hat sich bei der ersten Probe aufs Exempel gleich überaus abgemildert. Bei Äpfeln, Birnen, Gurken, Kohlen und Erbsen und gegen 1914 auch die projektionalen Steigerungen ansehliche, am schlimmsten bei den Erbsen mit 258 und den Gurken mit 227 Proz. Für ein Pfund Äpfel zahlt man jetzt nur das Doppelte des Preises, wofür man 1914 eine ganze Henne erkaufte.

Der Obstwucher. In den letzten Tagen wurde auffallend oft gemeldet, daß Obstbaumkulturen zu Preisen verpachtet worden sind, die erheblich höher liegen als im Vorjahre, obgleich der Ertrag der betreffenden Anlagen unbestritten weit geringer sein wird als 1916. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Verpächter und Pächter sich über den voraussichtlichen Umfang der Ernte schon bei Abschluß des Vertrages durchaus im Klaren sind. Ebenso sind ihnen die längst festgelegten Obst-Erzeugerpreise bekannt. Daraus folgt unweigerlich, daß der Pächter die Nutzung von vornherein in der Absicht an sich bringt, den Höchstpreis zu überschreiten. Der Verpächter, der die Sachlage kennt, macht sich ebenso sicher mit-schuldig. Vielleicht ist die Möglichkeit eines strafrechtlichen Einschreitens im Augenblick noch nicht gegeben. Aber etwas anderes kann nach den Vorjahren des Kriegsaussschusses für Monopumenten-interessen geschehen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, die ja überall Zweigstellen unterhält und mit Sachverständigen besetzt hat, muß diese überbotenen Nutzungen sofort mit Beschlag belegen, wodurch der Spekulant später nur in Bezug des Höchstpreises entsprechenden Entgeltes kommt. Das mag für den „Verpächter“ Strafe genug sein. Das beschlagnahmte Obst selbst läßt sich sicher mit Leichtigkeit solchen Gemeinden zuführen, die keinen weiteren Umsatz zu Höchstpreisen gewährleisten. Auch kann es, soweit es sich um Wertgegenstände handelt, ja alsbald zur Marmeladenherstellung überwiegen werden.

Der Milch- und Butterring. Probenweise aber unablässig sucht man die Verbraucher auf eine „nicht zu umgehende“ Erhöhung der Butterpreise schon seit Wochen vorzubereiten, ohne ihnen offen und klar die „durchschlagenden“ Gründe für die Notwendigkeit dieser Preissteigerung zu jagen. Wahrscheinlich liegen sie in der-ist erhöhten Milchpreisen, die ein Verbotern der Milch unwirt-schaftlich machen, vielleicht aber auch nur darin, daß man um der Gerechtigkeit willen die öffentlichen Futterpreise den Schleich-handelspreisen ein wenig anzugleichen sucht. Selbstverständlich wird schon wieder „auf die paar Pfennige“ hingewiesen, die aus Preissteigerung bei der geringen Ration kaum geipirt werden. Aber der Fieberfuss des ganzen Unternehmens zeigt sich diesmal recht früh: Die nächtlichen Abmehlspiritschen befrachten von der Futter-preissteigerung ein schwere Schädigung ihres Betriebes, wenn nicht gleichgültig — die Milchpreise erhöht werden. Werkt der Leier, wie hoch der Ring ganz zwanglos schließt: Erhöhung der Butterpreise wegen des erhöhten Milchwertes, Verteuerung der Milch wegen der geringeren Futterpreise, hierauf wieder Anhebung der Futter-an die Milchpreise und so fort mit Geschick und Rücksichtslosigkeit. Die Gründe für ein solches Treiben sind ebenso wohlfeil wie oberflächlich. An hervorragender Stelle laien wie jagt, daß die Verbraucher nicht allzu lebhaft widerprechen würden... manche Hausfrauen zahlten ja schon jetzt, wenn sie nur durch gutes Ein-vernehmen mit dem Milchläufer Milch erhalten können, 60-70 Pf. für den Liter — Es ist möglich, daß die Verbraucher in der Tat zuerst auf jeden Widerstand verzichten. Aber wer Wind ist, wird Sturm ernten, und der Tag wird kommen, wo die Verbraucher ihre Ansicht durch den Stimmzettel kund tun. Erst dann wird sich zeigen, ob die Erzeuger und Genossen mit ihrer Preispolitik auf dem richtigen Wege waren.

Die Hausindustrie in Rußland bildet von jeher einen beachtens-werten wirtschaftlichen Faktor. Bei der schwachen Entwicklung der Fabriken und modernen Betriebe in Rußland füllte die Haus-industrie empfindliche Lücken und entsprach dringenden Bedürf-nissen der Bevölkerung. Eine Zeitlang lag sie zu Beginn dieses Jahrhunderts brach. Jetzt beginnt sie wieder aufzuleben. In einem bemerkenswerten Aufsatz über die russische Hausindustrie wendet sich „Metich“ gegen die falsche Auffassung des Publi-kums, daß der Hausindustrie ein bettelarmes, in irgend-einem Krähwinkel hausender Bauer sei, der mit Hilfe primitiver Werkzeuge billige, aber geschmacklose Dinge herstellt und daß dieser Hausindustrie unter dem Druck der mächtigen Fabriken aus-zustehen müsse. In Wirklichkeit verhält es sich anders. Bis vor kurzem hat die russische Hausindustrie in der Tat unter der Un-möglichkeit, technische Neuerungen bei sich einzuführen. In der gleichen Zeitverheit vermochte die Fabrik bei weitem mehr Waren herzustellen als der geschickteste Hausindustrielle, und daher ver-drängte die Fabrik den Hausindustriellen durch den geringen Preis der Ware. Allein in jüngerer Zeit entstand dem Hausindustriellen glücklicherweise ein neuer Helfer in der Not — die Genossenschaft-lichaft. Trotzdem das frühere Minimum unter dem alten Re-gime in der Genossenschaft vornehmlich gefährliche Nachteile er-dachte, vermochte es doch nicht das Lawachen der genossenschaftlichen Bewegung aufzuhalten. Die Genossenschaften haben der Haus-industrie die Möglichkeiten, solche technischen Hilfsmittel einzuführen, die der einzelne und alleinstehende Hausindustrielle sich niemals leisten konnte; auch waren die Dimensionen des einzelnen Bauern-hauses nicht dazu geeignet, Maschinen in sich zu beherbergen, ge-dauerige denn Motoren. Noch mehr! Durch die Genossenschaft er-leicht der Hausindustrielle den Zutritt zum Kredit, den er früher nicht haben konnte, weil die Banken und sonstigen Kreditinstitute sich für Geschäfte im Kleinen, mit auf weiser Fläche verteilten Kunden sehr schlecht eignen. Augenblicklich betrifft eine weit-gehende Paris in der Versorgung von Genossenschaften und deren

Verbänden mit Parierkapital. Allea voran geht in dieser Beziehung die Moskauer Volkshank. Im gegenwärtigen Moment — schließt der „Nietzsch“ seine Betrachtung — stehen der Entwicklung von Genossenschaftsverbänden keine Hindernisse im Wege.

Ueber weibliche Intelligenz und Eignung zur Geistesarbeit. Die diesjährige Rektoratsrede bei der Stiftungsfeier der Berliner Universität hielt der bekannte Geh. Rat V u m m. Gegenstand seiner Rede war das Frauenstudium, und er wandte sich, trotzdem er nur mit Vorbehalt dem Studium der Frauen zustimmt, gegen das Vorurteil, als ob die weibliche Intelligenz der männlichen unterlegen sei. Die Tatsache des geringeren Gewichtes des weiblichen Gehirns beweise ebensowenig die Inferiorität der weiblichen geistigen Befähigung, als bewiesen sei, daß eine Turmuhre besser gehe als eine Taschenuhr. Wenn Geh. Rat V u m m trotzdem von den akademischen Verufen abraten zu müssen verurteilt, so deshalb, weil das Studium und die Berufsarbeit der Ehe nicht günstig sei, was der Medner durch Untersuchung der Laufbahn Berliner Studentinnen seit 1908 zu erweisen suchte. Die Untersuchung wies allerdings, weil über eine Million von Studentinnen nichts zu ermitteln war, große Lücken auf und vielleicht ist die Berliner Universität für solche Untersuchungen auch nicht charakteristisch. Ueber die Heiratsansichten der akademisch gebildeten, überhaupt der im Beruf stehenden Frau ist vor längerer Zeit Alice Salomon zu ganz anderen Schlüssen gekommen.

Wird es wahr? Die Spätartoffeln blühen. Hoffend und zweifelnd stehen wir vor ihren Feldern. Wird es diesmal wahr, was Karl Gerol singt:

Mühendes Kartoffelkraut,
Sanft vom Sommerwind umkost,
Immer, wenn ich dich geseht,
Wirst du mir ein Augentrost.
Mit der Aische Laubgezeit,
Mit der Blüten Hüllschblau
Debit du wie ein Blumenfeld
Dich hervor aus grüner Au.

Doch indem die Blüte fällt,
Räumt sie gern der Frucht den Platz.
So auch du, mein blühend Feld,
Bütest einen goldenen Schatz.
Unter dir im Erdengrund
Wächst willkommen Hausmannskost,
Eine Frucht, gesund und rund,
Alt und jung ein Magenstolz.
Wenn ich drum in Sommers Pracht
Durch die blühenden Auren geh,
Denk ich gern der Winternacht.
Da dies Feld bedeckt mit Schnee,
Doch am Tisch beim Lampenschein
Eigen Mandeln Kopf an Kopf,
Froh begrüßt dich groß und klein,
Lampfender Kartoffeltopf. —

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Das deutsche Heim im Jungbrunnen deutscher Kraft und deutschen Meistes. Die Wohnungsfrage nach dem Kriege, der Heimstättenbau für Kriegsteilnehmer ist eine wichtige Sache, die heute alle Kreise der Deutschen und so auch die gemeinnützige „Gesellschaft für Heimkultur e. V.“, Wiesbaden“ beschäftigt, die schon seit 6 Jahren auf diesem Gebiete erfolgreich wirkt. Von ihr liegt uns jetzt eine umfassende reich illustrierte Denkschrift vor, die seitens der Kriegeministerien bei unseren Truppenleuten und Lazaretten in etwa 100 000 Exemplaren in Umlauf gebracht worden ist. Heimkultur — Deutsche Kultur. Heimstätten für Kriegsteilnehmer, Offiziere und Mannschaften. Mit Unterstützung führender Männer herausgegeben von der Gesellschaft für Heimkultur e. V., Wiesbaden, durch Direktor C. Abigt. (Im Buchhandel für 1 Mk. käuflich zu haben.) Es ist ein handliches, ansprechendes Buch, das praktischen und nicht nur theoretischen Wert besitzt, denn es behandelt alle Fragen der Heimstätten und zeigt gangbare, bereits erprobte Wege zu ihrer Lösung, so z. B. „Wohnungsbeschaffung für Kriegsfamilien auf dem Lande“ von Großh. Baurat Feyer, Worms, und Anleitung, wie sich talfräftige Krieger in acht Wochen eine Heimstätte in einer soliden Volksbauweise allein oder mit Hilfe ihrer Kameraden selbst bauen, von Landwehrmann Fr. Witt. War Feeg usw. Massschläge und Hausbeispiele für Offiziers- und Kriegsfamilien machen die Denkschrift noch wertvoller. Mitglieder der Gesellschaft erhalten das Buch kostenlos neben weiteren Buchgaben und der hiesigen Vereinszeitschrift bei 10 Mk. Jahresbeitrag, Nichtmitglieder für 1 Mk. (Porto 20 Pf.) durch die Geschäftsstelle der Gesellschaft in Wiesbaden.

Aus dem Zeitalter der Reformation. Jelm kleinere Schriften, ausgewählt aus H. Wogtlanders Quellenbüchern. In geschmackvollen Pappband zu 1—1,75 Mk. H. Wogtlanders Verlag in Leipzig.

Es ist ein schöner und berechtigter Gedanke, zur vierhundertjährigen

Gedenkfeier der Reformation (31. Oktober 1917), eine Zeit, wie die der Reformation war, für sich selbst reden zu lassen, wie das in dieser vortrefflichen Reihe begiegener und, das sei besonders hervorgehoben, gut lesbarer Quellenchriften geschieht. Von den 10 Bänden, deren Außenseite und Innenseite schon angenehm berühren, besaßen sich drei unmittelbar mit Luther: Deutsche Lutherbriefe, 36 Lutherbildnisse, Luther und der Wormser Reichstag. Das vierte bietet einen Handdruck der Geschichte der Reformation des Gothaer Superintendenten Myionius, zwei weitere bringen die wertvolle Chronik des Vorläufers der Reformation, des Konzils zu Konstanz, sowie die Leidensgeschichte und den Vekennertod der bogenottischen Märtyrer von Lyon. Die vier letzten enthalten biographische Kulturbilder aus dem Jahrhundert der Reformation: Die Selbstschilderungen des Baseler Vektors (Weißhirt, Zeller, Professor, Buchdrucker, Rektor!) Thomas Platter und seines Sohnes, des Arztes Felix Platter, des Straßburger Bürgermeisters Bartholomäus Zaßrow (Reise zu Fuß von Rom nach Straßburg) und die Reichserliche Schilderung der Landtsknechtführer Georg und Kaspar von Frundsberg. — Alle diese Bände können für die verschiedensten Zwecke unbedenklich empfohlen werden.

Ein vorzügliches Mittel gegen Schweißfüße ist die Anwendung von Zalzylsäure als Streupulver. 100 Gramm gewöhnliche Stärke (Amylum) wird zu feinem Mehl zerrieben und in eine große, tiefe Schüssel oder einen großen Mörser getan. Auf dieses Stärkemehl streut man, womöglich fein zerteilt, 2½ Gramm Zalzylsäure (auf keinen Fall mehr), und dann wird das Ganze entweder mit einem Eßlöffel oder dem Stößel des Mörsers sehr gut vermischt. Das Pulver streut man in die Strümpfe oder verteilt es direkt zwischen die Zehen. Aufbewahrt wird es trocken in Schachteln oder sonstigen Behältern. Der Geruch schweißiger Füße kommt auch oft daher, daß der Schweiß das Leder der Schuhe durchdringt, das dann den Geruch des Schweißes in erdöhten Maße ausströmt; in diesem Falle schüttet man ungefähr einen halben Kaffeelöffel voll Pulver in den Schuh, schüttelt den Schuh stark, daß sich das Pulver gleichmäßig verteilt, achseln darauf, daß auch unter die Ferse Pulver kommt, und zieht dann den Schuh an. Bei peinlicher Reinhaltung der Füße mit warmem Wasser und Seife im Zusammenhang mit der Anwendung des Zalzylpulvers wird das Uebel bald verschwinden. Dieses Mittel empfiehlt die Zeitschrift „Haus, Garten, Feld“, die in jeder Nummer eine Fülle größerer und kleinerer praktischer Ratsschläge, Rezepte und Anleitungen, nicht nur für Kleingartenbesitzer, sondern auch für den Tierzüchter, den Blumenfreund und den Landwirt, nicht zuletzt auch für die Hausfrau bringt. Der Vierteljahrspreis der vielseitigen, reichbilderten Zeitschrift beträgt für 6 Hefte nur 85 Pf. Probenummern werden vom Verlag, der Krausoldischen Verlagsabteilung in Stuttgart, auf Wunsch unentgeltlich versandt.

• Totenliste des Verbandes. •

- | | |
|--|---|
| E. Adameit, Offenbach a. M.
Schuldner
† 5. 8. 1917, 49 Jahre alt. | Daniel Schneider, Elm a. D.
Feiwbauamtarbeiter
† 7. 8. 1917, 63 Jahre alt. |
| Otto Behrendt, Berlin
Gasarbeiter
† 6. 8. 1917, 50 Jahre alt. | Wih. Sellmann, Hamburg
Kauverwaltung
† 17. 7. 1917, 48 Jahre alt. |
| F. Hofmann, Wiesbaden
Gartenarbeiter
† 8. 8. 1917, 64 Jahre alt. | Robert Stiglich, Dresden
Arbeiter
† 14. 5. 1917, 39 Jahre alt. |
| Joh. Koch, Mülhausen i. El.
† 20. 7. 1917, 75 Jahre alt. | Frik Chiel, Berlin
Wasserwerksarbeiter
† 13. 8. 1917, 55 Jahre alt. |



Opfer des Weltkrieges:

- | | |
|---|---|
| Richard Döcher, Hamburg
am 23. Juli 1917 im Alter von 36 Jahren gefallen. | Friedr. Schabel, Mannheim
am 22. Juni 1917 im Alter von 43 Jahren gefallen. |
| Carl Grevsmühl, Hamburg
am 17. November 1914 im Alter von 41 Jahren gefallen. | Martin Sixt, Freising
am 2. August 1917 im Alter von 30 Jahren i. Lazarett gestorben. |
| Josef Hob, Mannheim
am 2. August 1917 im Alter von 39 Jahren i. Lazarett gestorben. | Aug. Wittkamp, Hamburg
am 20. Juli 1917 im Alter von 40 Jahren gefallen. |
| Carl Korthals, Spandan
am 27. Juli 1916 im Alter von 33 Jahren gefallen. | Otto Woldt, Charlottenburg
am 19. Juli 1917 im Alter von 39 Jahren gefallen. |

Obre ihren Andenken!